

»Europa – Raum von Freiheit,  
Sicherheit und Recht?«

*Die (Re-) Organisation der Inneren Sicherheit in Europa*

**Freitag, 27. Juni 2003 in Berlin**

*(Berliner Abgeordnetenhaus/Preußischer Landtag)*



»Europa – Raum von Freiheit,  
Sicherheit und Recht?«

*Die (Re-) Organisation der Inneren Sicherheit in Europa*

---

**27. Juni 2003**

**Berlin**

*(Berliner Abgeordnetenhaus/Preußischer Landtag)*

---



**Anmeldungen zur Tagung  
bitte an die Geschäftsstelle des RAV:**

Greifswalderstraße 4  
10405 Berlin  
Telefon: 0 30 / 41 72 35 55  
Telefax: 0 30 / 41 72 35 57  
E-Mail: ravev@t-online.de  
Internet: www.rav.de

**Tagungsbeitrag: € 100,--  
ermäßigt für Studenten und Referendare: € 75,--**

*(Simultanübersetzungen in deutscher, englischer und  
französischer Sprache)*



**Veranstalter: EDA, RAV und Holtfort-Stiftung**



*Unterstützt von der Rechtsanwaltskammer Berlin und  
der Zeitschrift „Bürgerrechte & Polizei/CILIP“*

## »Europa – Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht?«

*Die (Re-) Organisation der Inneren Sicherheit in Europa*

Seit Jahren beschäftigt sich die europäische Anwaltsorganisation EDA (Europäische Demokratische Anwälte) mit der Entwicklung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Europa. Die Errichtung der europäischen Polizeibehörde Europol wurde ebenso stark kritisiert wie jüngst die zunehmende Repression gegen Globalisierungskritiker und die Antiterrorismusgesetzgebung. Maßnahmen innerhalb der justiziellen Zusammenarbeit wurden kontrovers diskutiert. Insbesondere der geplante Corpus Juris, ein europäisches Strafrecht und Strafprozessrecht zur Verteidigung der finanziellen Interessen der EU oder Eurojust wurden von einem Teil der EDA kritisiert. Der Aufbau des Europäischen Straf- und Strafprozessrecht ohne eine sichere Fundierung auf Grund- und Verfahrensrechten mache die Exekutive zu stark. Andere begrüßten den Versuch, gemeinsame Standards zu kodifizieren und gerichtliche Kontrollen zu installieren.

Nach dem Wegfall des äußeren Feindes und der äußeren Bedrohung wurde in der neuen NATO-Doktrin von 1999 ein neuerer umfassender Sicherheitsbegriff verankert, wonach bereits soziale und ökonomische Krisen (Migrationsbewegungen oder Rohstoffverknappung) zur Intervention auch außerhalb des Bündnisgebietes berechtigen. Seit dem 11. September 2001 hat sich die sicherheitspolitische Situation in Europa noch einmal verändert, die Grenzen zwischen Militär und Polizei, zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit verschwimmen, die Bedeutung der Geheimdienste hat zugenommen. Diese Entwicklung wird besonders anschaulich in dem Begriff „Krieg gegen den Terrorismus“:

Die Verantwortlichen der Inneren und Äußerer Sicherheit stellen eine diffuse Bedrohungssituation fest, die Szenarien wechseln nach freiem Belieben. Die Eingriffsvoraussetzungen für Polizei und Militärs sind jedenfalls demokratisch und gerichtlich kaum noch kontrollierbar. Die Größe der behaupteten Gefahr rechtfertigt dann (fast) jeden Eingriff von Militär und Polizei in Grund- und Verfahrensrechte der Betroffenen.

Damit gerät der Strafprozess als Veranstaltung mit zumindest theoretisch gleichen Waffen für alle Verfahrensbeteiligten in Gefahr. Die ersten Betroffenen der europäischen Innen- und Justizpolitik sind seit 2001 die Globalisie-

rungskritiker, die bei der Ausübung der politischen Teilhaberechte, der Versammlungs- und Meinungsfreiheit die Beschädigung fast aller ihrer Rechte befürchten müssen. Noch dramatischer ist die Situation der Flüchtlinge und Nicht-EU-Ausländer, die einem harten Kontrollregime unterworfen sind - bis hin zur Rechtloserklärung in den neuen Ausreiselagern.

Diese Entwicklung soll im ersten, eher theoretischen Teil der Konferenz durch Vorträge illustriert werden. Danach sollen in Arbeitsgruppen vor allem aus anwaltlicher Perspektive Handlungsperspektiven und rechtspolitische Initiativen diskutiert werden.

### Tagungsprogramm:

08.30 Uhr Anmeldung

09.00 Uhr Begrüßung durch den Präsidenten der Berliner Anwaltskammer, Rechtsanwalt und Notar Kay-Thomas Pohl, Berlin  
Begrüßung durch EDA-Präsidenten und RAV-Vorsitzenden

09.30 Uhr Vortrag Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht (Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht), Freiburg/Brsg.  
„Der erweiterte Sicherheitsbegriff und seine Folgen für Innen- und Rechtspolitik“  
anschließend Diskussion

10.15 Uhr Kaffeepause

10.30 Uhr Alain Krivine (Mitglied des Europaparlaments, angefragt), Paris  
„Die Dominanz der Exekutive bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Europa“

11.15 Uhr Rechtsanwalt Bernd Häusler (Vizepräsident und Menschenrechtsbeauftragter der Berliner Rechtsanwaltskammer), Berlin  
„Demokratische Defizite bei der Schaffung sekundären Rechts“

11.40 Uhr Rechtsanwalt Stephen Jakobi (Fair Trials Abroad), London  
„Fairer Strafprozess in Europa“  
Anschließend Diskussion

13.00 Uhr Mittagspause

14.30 Uhr Arbeitsgruppen  
**Arbeitsgruppe 1: Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Europa, insbesondere der europäische Haftbefehl. Anwaltliche Handlungsperspektiven.**

Leitung: Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck (RAV), Berlin

Einführungsreferat: RA Wolfgang Bendler (EDA und Strafverteidigervereinigung), München

Co-Referat: Heiner Busch (CILIP), Basel/Schweiz

**Arbeitsgruppe 2: Repression gegen Globalisierungsgegner.**

Leitung: Rechtsanwältin Silke Studzinsky (EDA und RAV), Berlin

Einführungsreferat: Anne Maesschalk (EDA, Kommission zur Beobachtung der Grundrechte im Prozess der Globalisierung), Brüssel

Co-Referat: Gilberto Pagani (EDA und Kommission zur Beobachtung der Grundrechte im Prozess der Globalisierung), Mailand

**Arbeitsgruppe 3: Europäisches Ausländer- und Asylrecht.**

Leitung: Rechtsanwältin Andrea Würdinger (RAV), Berlin

Referat: Rechtsanwalt Jose Luis Rodriguez Candela, Malaga

„Zur Situation in Südspanien“

Co-Referat: Karl Kopp (Europareferent Pro Asyl), Frankfurt (angefragt): „Zur europäischen Ausländer- und Asylpolitik“

17.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
Abschlussdiskussion  
anschließend Sektempfang